

NIEDERSCHRIFT

über die **16.** Sitzung
des Planungs- und Umweltausschusses
(XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **01.07.2019**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 17:10 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr
Den Vorsitz führte: Hans Christian Markert

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Hans Ludwig Dickers
2. Herr Karl Josef Flüchten Vertretung für Herrn Wolfgang Kaiser ab
17:18 Uhr
3. Herr Rudolf Graaff
4. Frau Norma Köser-Voitz
5. Herr Willy Lohkamp
6. Herr Werner Moritz Vertretung für Herrn Reiner Geroneit
7. Herr Hans Georg Schröder
8. Herr Antonius Suppes Vertretung für Herrn Johann Andreas Wer-
hahn
9. Herr Wolfgang Wappenschmidt
10. Herr Thomas Welter

• SPD-Fraktion

11. Herr Horst Fischer
12. Frau Diana Geldermann Vertretung für Herrn Christian Stupp
13. Frau Doris Hugo-Wissemann
14. Herr Wolfgang Kaisers
15. Frau Barbara Romann Anwesend bis 18:00 Uhr
16. Frau Marie-Jeanne Zander

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

17. Frau Julia-Kathrin Edelburg
18. Frau LL.M. Nilab Fayaz
19. Herr Hans Christian Markert

- **FDP-Fraktion**

- 20. Herr Maxim Chalotra Vertretung für Herrn Tim Tressel
- 21. Herr Gerhard Heyner
- 22. Herr Gerd Schorn Vertretung für Herrn Markus Schumacher

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 23. Herr Dr. Heinrich Kalthoff

- **Parteilose**

- 24. Frau Kirsten Eickler

- **Gäste**

- 25. Herr Björn Neuhaus

- **Verwaltung**

- 26. Frau Gabriele Bemba
- 27. Herr Norbert Clever
- 28. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 29. Frau Ines Manolias
- 30. Herr Jens Sauerwein
- 31. Frau Anna-Elisa Schoenauer
- 32. Herr Udo Steffensen
- 33. Frau Andrea Steins
- 34. Herr Marcus Temburg
- 35. Herr Urban Wahlen

- **Schriftführerin**

- 36. Frau Barbara Maus

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	3
2.	Schutz der Insekten im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 68/3297/XVI/2019.....	4
3.	Abfallwirtschaftsbilanz 2018 Vorlage: 68/3332/XVI/2019	6
4.	Sachstandsbericht Grundwasser Vorlage: 68/3339/XVI/2019	8
5.	Mitteilungen	9
5.1.	Grundwasser-Belastung in Kaarst-Holzbüttgen Vorlage: 68/3315/XVI/2019.....	9
5.2.	Hochwasser- und Starkregenrisikomanagement Bericht der Verwaltung über die Infoveranstaltung für Akteure zum Thema "Hochwasserrisiken gemeinsam meistern" bei der Bezirksregierung Düsseldorf am 04.06.2019 Vorlage: 68/3329/XVI/2019	10
5.3.	Bericht "Flurabstandsprognose im Rheinischen Revier" sowie Bericht aus den Gremien "Monitoring Garzweiler II" Vorlage: 68/3340/XVI/2019.....	11
5.4.	Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 19.06.2019 zu Eliminationsmaßnahmen von Mikroschadstoffen Vorlage: 68/3357/XVI/2019	11
5.5.	Ausschreibungen im Bereich Abfallwirtschaft Vorlage: 68/3355/XVI/2019	12
5.6.	Bericht zur Überprüfung der Installation von Photovoltaikanlagen Vorlage: 65/3356/XVI/2019	12
6.	Anfragen	13

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass vor dem Eintritt in die Tagesordnung die Verpflichtung des sachkundigen Bürgers Maxim Chalotra (FDP-Fraktion) als neues stellvertretendes Mitglied des Planungs- und Umweltausschusses vorzunehmen ist.

Vorsitzender Herr Markert liest die Verpflichtungsformel vor und **Herr Chalotra** antwortet „Ich verpflichte mich“. Anschließend begrüßt **Vorsitzender Herr Markert**

Herrn Chalotra als neues stellvertretendes Mitglied des Planungs- und Umweltausschusses.

Vorsitzender Herr Markert stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Danach informiert **Vorsitzender Herr Markert** darüber, dass sich die Tagesordnung zum TOP Mitteilungen um die als Tischvorlagen vorliegenden Mitteilungen

- 5.4 Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.06.2019 zu Eliminationsmaßnahmen von Mikroschadstoffen (**Anlage 2** des Protokolls)
- 5.5 Ausschreibungen im Bereich Abfallwirtschaft (**Anlage 3** des Protokolls) und
- 5.6 Überprüfung der Installation von Photovoltaikanlagen (**Anlagen 4 und 5** des Protokolls)

erweitert hat.

Anmerkung der Schriftführung: Der als Anlage zur Tischvorlage TOP 5.6 beigefügte ausführliche farbige Bericht ist als Anlage 5 des Protokolls ausschließlich im Internet verfügbar.

Herr Schorn vermisst auf der Tagesordnung den in der letzten Sitzung unter dem Tagesordnungspunkt „Wasserstoff-Technologie und –Mobilität im Rhein-Kreis Neuss“ angekündigten Bericht der Verwaltung über den Fortgang des Wettbewerbsverfahrens für die Weiterqualifizierung des Rhein-Kreises Neuss als „Modelkommune/- Region Wasserstoff-Mobilität NRW“.

Herr Temburg teilt mit, dass sich der Rhein-Kreis Neuss gemeinsam mit Düsseldorf, Wuppertal, Duisburg und weiteren Partnern mitten im laufenden Wettbewerbsverfahren zur Erarbeitung des Feinkonzeptes befinde und schlägt vor, eine kurze Zusammenfassung des aktuellen Sachstandes dem Protokoll beizufügen und in der Herbstsitzung weiter über den Fortgang des Projektes zu informieren.

Herr Schorn erklärt sich auf Nachfrage des **Vorsitzenden Herrn Markert** damit einverstanden, dass zunächst eine kurze Zusammenfassung dem Protokoll (**siehe Anlage 1**) beigefügt wird und das Thema im November als ordentlicher Tagesordnungspunkt behandelt wird.

2. **Schutz der Insekten im Rhein-Kreis Neuss** **Vorlage: 68/3297/XVI/2019**

Protokoll:

Herr Mankowsky weist darauf hin, dass es sich beim Schutz der Insekten im Rhein-Kreis Neuss um ein wichtiges, von allen Fraktionen gleichermaßen positiv bewertetes Thema handelt, was sich an dem einstimmigen Beschluss zur Gründung des Aktionsbündnisses in der letzten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses und der Bestätigung durch den Kreisausschuss zeige.

Aufgrund der Dringlichkeit des Themas habe der Landrat noch vor der eigentlichen Gründung des Aktionsbündnisses die kreisangehörigen Kommunen zu einer Auftaktveranstaltung am 16.04.2019 eingeladen. Dort seien den Teilnehmern von einem Experten wichtige Informationen über die Problematik und über Lösungsansätze übermittelt worden.

Die eigentliche Unterzeichnung des Aktionsbündnisses durch den Landrat und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der kreisangehörigen Kommunen sei erst danach, am 15.05.2019, erfolgt.

Für die konkrete Umsetzung des Aktionsbündnisses werden die Kommunen von Fachleuten aufgesucht und beraten. Dabei werde auch eine Bestandsaufnahme der bereits erfolgten Maßnahmen durchgeführt. Der Presse sei zu entnehmen, dass das Thema im Rhein-Kreis Neuss bereits sehr gut angekommen sei. Daran müsse angeknüpft und die Chance des gegenseitigen Lernens von Erfahrungen ergriffen werden.

Als eine konkrete Maßnahme benennt **Herr Mankowsky** den Wettbewerb „insektenfreundliche Gärten“ gemeinsam mit dem Kleingartenverein Rhein-Kreis Neuss, der für alle Bürgerinnen und Bürger offen sei. Die Resonanz sei überwältigend. Noch vor Ausschreibungsende hätten sich bereits 70 Bürgerinnen und Bürger angemeldet. Dies sei einerseits sehr erfreulich, führe aber andererseits zu der Überlegung, wie mit dem vorhandenen Personal eine Besichtigung aller Gärten ermöglicht werden kann.

Herr Mankowsky kündigt an, dass das Thema Insekten auch auf dem Familienfest des Rhein-Kreises Neuss im September in Schloss Dyck eine große Rolle spielen und dort vom Umweltamt entsprechend präsentiert werde..

Das Thema Insekten sei und bleibe im Focus des Rhein-Kreises Neuss und werde mit großem Engagement und in enger Zusammenarbeit von Planungsamt und der im Umweltamt angesiedelten Unteren Naturschutzbehörde nach vorne gebracht. Es werde weitere Aktionen und Maßnahmen geben. In diesem Zusammenhang lobt Herr Mankowsky die Initiativen, die von Herrn Temburg und Herrn Clever ergriffen werden.

Herr Dr. Kalthoff begrüßt die sehr erfreuliche und dringend nötige Entwicklung. Er hält die schwere Schädigung bzw. den Verlust einer ganzen Tiergruppe für eine den Folgen des Klimawandels vergleichbare Katastrophe. Er stellt die Frage, wie die Landwirtschaft, die er als eine Hauptursache für das Insektensterben betrachtet, in die Initiativen zum Schutz der Insekten eingebunden werden soll.

Frau Hugo-Wissemann macht Herrn Dr. Kalthoff darauf aufmerksam, dass schon viele Blühstreifen und Blühflächen auf Initiative der Landwirtschaft entstanden sind. In Dormagen gebe es beispielsweise einen Landwirt, der Flächen zu diesem Zweck an Bürger verpachte. Sie begrüßt die vielfältigen Aktionen der Kommunen und den gegenseitigen Austausch und wünscht sich eine Übersicht über die Maßnahmen in den einzelnen Kommunen entweder als Anlage zum Protokoll oder für die nächste Sitzung.

Vorsitzender Herr Markert sagt zu, dass in der Novembersitzung hierzu ein Bericht vorgelegt wird.

Herr Wappenschmidt beschreibt den Insektenschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und lobt die schnellen Fortschritte auf dem erkennbar richtigen Weg. Er spricht sich dafür aus, weniger mit Verboten zu arbeiten, sondern mehr Anreize und Anregungen zu geben, z.B. für eine insektenfreundliche Vorgartengestaltung anstelle von zugestrichelten Flächen. Herr Wappenschmidt sieht die Landwirtschaft als einen

Hauptakteur, der sich zu seiner Verantwortung bekennt. Es sei gelungen, im Rhein-Kreis Neuss den Anteil von Blühstreifen und Insektenweiden im Vergleich zum letzten Jahr mehr als zu verdoppeln, so dass nunmehr insgesamt 260 ha im Rhein-Kreis Neuss vorhanden seien. Da es sich hierbei hauptsächlich um kleine Einzelflächen handeln würde, sei dies eine beachtliche Steigerung. Die Landwirtschaft werde ihren Teil beitragen, sei allerdings nicht in der Lage, ohne wirtschaftlichen Ausgleich ganze Parzelle ausschließlich für solche Blühmaßnahmen zur Verfügung zu stellen. Daher seien die angesprochenen Patenmodelle interessant. Der Kreis sei auch mit der Stiftung Rheinische Kulturlandschaft im Gespräch und könne ggf. Gelder akquirieren bzw. das Land könne Flächen zur Verfügung stellen.

Herr Mankowsky weist ergänzend auf die Aussage der Sitzungsvorlage hin, wonach dem Aktionsbündnis auch weitere Beteiligte beitreten sollen, soweit diesen faktischen Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Insekten möglich sind. Damit sei die Landwirtschaft angesprochen. Sie beteilige sich auch bereits. So gebe es im Anschluss an den Naturschutzbeirat den Runden Tisch „Artenvielfalt“, bei dem die Landwirtschaft mit Naturschützern über mögliche Aktionen ins Gespräch komme.

Frau Edelburg erkundigt sich nach dem Zeitplan für die Kontaktaufnahme mit den Kommunen.

Herr Mankowsky antwortet, dass die Kontaktaufnahme mit Expertenbegleitung schnellstmöglich erfolgen soll, dieser aber noch eine übliche Ausschreibung vorausgehen müsse. Man werde jedoch keine Zeit verschwenden und den Prozess dynamisch vorantreiben.

Herr Graaf ruft zu einer differenzierten Betrachtung des Insektenschutzes auf. Hier seien Nützlinge von Schädlingen wie beispielsweise dem Eichenprozessionsspinner und dem Borkenkäfer zu unterscheiden. Ferner bittet er darum, dass in die für die Novembersitzung zugesagte Maßnahmenübersicht auch die Maßnahmen eingepflegt werden, die der Rhein-Kreis Neuss durchführt, um ein Gesamtbild zu erhalten. Dies wird seitens der Verwaltung zugesagt.

Herr Dr. Kalthoff macht Ausführungen zum Borkenkäfer, den Ursachen seiner Vermehrung und zu seiner Resistenz gegenüber chemischen Mitteln.

Vorsitzender Herr Markert fasst zusammen, dass es sehr praktische Ergebnisse aus den Befassungen der Vorsitzung gibt, ein Aktionsbündnis für Insekten gegründet wurde, die Verwaltung die Arbeit aufgenommen hat und über die Einzelleistungen von Kommunen und Kreis in der Novembersitzung berichtet wird.

3. Abfallwirtschaftsbilanz 2018 Vorlage: 68/3332/XVI/2019

Protokoll:

Herr Mankowsky verweist auf die Sitzungsvorlage, zu der er nur einige Anmerkungen vortragen möchte. Erfreulich sei, dass leicht sinkende Mengen beim Hausmüll zu verzeichnen sind. Möglicherweise ist dies auf die durchgeführten Abfallvermeidungskampagnen zurück zu führen. Es gebe aber auch immer gewisse Schwankungsbreiten.

Bei den deponierten Mengen sind sehr starke Schwankungen zu verzeichnen. Dies hänge u.a. mit gewissen Altlastenfällen zusammen wie dem Sportplatz Korschenbroich, dem Containerterminal Neuss und der Sportanlage Knechtsteden. Die Mengen seien höchst unterschiedlich, ihr Anfall nicht beeinflussbar. Immerhin sei ausreichender Deponieraum vorhanden, so dass diesbezüglich kein Notstand zu besorgen sei. In der Bilanz schlage sich auch nieder, dass in trockenen Sommern weniger Material auf der Kompostierungsanlage angeliefert werde. Insgesamt enthalte die Bilanz unauffällige Zahlen.

Herr Wappenschmidt teilt seinen Eindruck mit, dass die Zahlen im Rahmen und Veränderungen erklärbar sind. Er weist darauf hin, dass die Recyclingquote mit 44% hinter den Vorgaben der EU und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zurück bleiben und erkundigt sich, wie die Anlage im regionalen Vergleich abschneide und ob eine Zielerreichung überhaupt technisch möglich sei. Was sei ggf. in diese Richtung beabsichtigt?

Herr Mankowsky antwortet, dass der Kreis mit seiner Anlage im regionalen Vergleich sehr gut dastehe. Den politischen Zielvorgaben lägen allerdings sehr hohe Ansprüche zugrunde. Die Erreichbarkeit sei nicht klar. Gleichwohl müsse man sich immer Gedanken machen, wie man sich weiter verbessern könne. Im Rahmen der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Abfall werden Gespräche mit den Kommunen zu Optimierungsmöglichkeiten beim Einsammeln des Abfalls geführt. Insgesamt müsse aber wahrscheinlich eingeräumt werden, dass die Ziele zu hoch gesteckt sind.

Herr Wappenschmidt hakt nach, ob es sich tatsächlich rein um politische Vorgaben handeln würde. Es sei ja schon vorkommen, dass eine europäische Rahmenrichtlinie einen gewissen verpflichtenden Charakter erlangt habe. Er sieht es außerdem als Aufgabe des Abfallwirtschaftsvereins an, sich mit dieser Problematik zu befassen und trägt die Bitte an Herrn Mankowsky heran, das Thema dort aufzurufen.

Herr Mankowsky erklärt, dass die Europäische Abfallrahmenrichtlinie vom Kreis sehr ernst genommen werde und zieht einen Vergleich mit Italien, wo dies erschreckend anders aussehe. Er sagt zu, das Thema bei der nächsten Mitgliederversammlung des Abfallwirtschaftsvereins aufzurufen.

Herr Kalthoff möchte wissen, warum im Jahr 2016 so außergewöhnlich hohe Abfallmengen im Vergleich zu den übrigen Jahren im Zeitraum 2014 - 2018 angefallen seien.

Herr Chalotra erkundigt sich zum Zustandekommen der Recyclingquote und gibt zu bedenken, dass eine bessere Mülltrennung durch die Bürger diese Quote möglicherweise steigern könne.

Herr Clever antwortet zur Frage von Herrn Chalotra, dass die Recyclingquote bei den Leichtstoffverpackungen schon mit berücksichtigt sei, wie man der Anlage 4 entnehmen könne.

Zur Entwicklung 2016 verweist Herr Clever auf die Ausführungen von Herrn Mankowsky, wonach in diesem Jahr hohe Deponierungsmengen aus besonderen Sanierungsmaßnahmen angefallen sind. Ansonsten seien, wie die Übersicht in Anlage 1 zeige, in der Siedlungsabfallentwicklung keine nennenswerten Verschiebungen, keines Falls aber ein eklatanter Mehranfall zu verzeichnen.

Frau Hugo-Wissemann erkundigt sich zur Kompostverwertung. Sie möchte wissen, wie die Vermarktung erfolgt und ob dafür Werbung betrieben wird, wer bei der Anlage anliefern kann und wie hoch die damit erzielten Erlöse sind.

Herr Clever antwortet, dass der Betrieb der kreiseigenen Anlage an die Reterra vergeben sei, welche auch die Vermarktung übernehme, so dass hierüber keine detaillierten Kenntnisse vorliegen. Die Abbildung der Kompostverwertung in der Gesamtkalkulation enthalte keine Einzelpreise.

Herr Kaisers äußert sich zu dem Thema Fehlbefüllungen bei der Biotonne. Dies habe man bei der Stadt Jüchen mehrfach angesprochen. Dort werde jetzt im Lokalblatt verstärkt darüber informiert, was in die Biotonne darf und was nicht. Ihn würde nun interessieren, ob sich diese Aufklärungsarbeit positiv ausgewirkt hat.

Herr Clever hat keine detaillierten Erkenntnisse über damit im Zusammenhang stehende Veränderungen des Abfallstroms.

4. **Sachstandsbericht Grundwasser** **Vorlage: 68/3339/XVI/2019**

Protokoll:

Herr Clever fasst die wesentlichen Informationen aus der Sitzungsvorlage zusammen.

Zur Kappung der Grundwasserspitzen in Korschenbroich teilt Herr Clever mit, dass es dort in 2018 eine Betriebs- und eine Testphase gegeben habe, die positiv verlaufen sei. Da man stets die Auswirkungen auf die vorhandene Trinkwassergewinnung zu berücksichtigen habe, sei in der für die Grundwasserförderung erteilten Erlaubnis ein Monitoring gefordert worden. Im Rahmen des Testbetriebs haben sich die Annahmen der Modellrechnung, wonach eine Beeinflussung der Trinkwassergewinnung ausgeschlossen wurde, bestätigt. Auch eine Einflussnahme der Förderung auf vorhandene Schadensfälle in Form einer Umlenkung der Schadstofffahne in den Einzugsbereich einer Wassergewinnung sei nicht zu besorgen.

Der Sachstand zu den geplanten Kappungsmaßnahmen in Dormagen-Gohr ist unverändert. Dort seien keine steigenden Grundwasserstände zu verzeichnen, so dass die an das Vorliegen einer Gefahrenlage geknüpfte Maßnahmenplanung derzeit nicht umgesetzt werden müsse.

Herr Clever berichtet zum Nordkanal, dass bekanntlich im Rahmen einer Modelluntersuchung ökologische sinnvolle Verbesserungsmaßnahmen entwickelt worden seien, die aber noch einer konkreten Betrachtung und Planung bedürfen. Mit dem von der Erftverband aquatec GmbH vorgelegten Konzeptentwurf habe sich der Vorstand des Wasser- und Bodenverbands Nordkanal am 13.06.2019 befasst und Erörterungsbedarf festgestellt, so dass erst in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses über den Fortgang berichtet werden könne.

Herr Dr. Kalthoff äußert sein Unverständnis darüber, dass für die Grundwasserabsenkung in Korschenbroich im Nordwesten um 30 cm ein ganzer Seewasserspiegel abgesenkt werde. Er hält es hydraulisch für sinnvoller, einen Brunnen vor den Abstrom an den See zu setzen.

Herr Clever antwortet hierzu, dass die Kappingsmaßnahmen seinerzeit vom geballten wasserwirtschaftlichen Sachverstand, der im Lande zur Verfügung stehe, entwickelt worden seien. Oberste, Obere und Untere Wasserbehörde sowie Rheinbraun, die Wasserwerksbetreiber und der Erftverband seien daran beteiligt gewesen und hätten genau diese Abpumpstellen – und dazu gehöre auch der See – u.a. unter den Gesichtspunkten ausgewählt, dass weder eine nachhaltige Beeinträchtigung des Dargebotes noch eine Gefährdung der öffentlichen Trinkwassergewinnung zu besorgen sei und es auch wirtschaftlich passe.

5. Mitteilungen

5.1. Grundwasser-Belastung in Kaarst-Holzbüttgen Vorlage: 68/3315/XVI/2019

Protokoll:

Herr Mankowsky führt unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage aus, dass bei Kanalbaumaßnahmen in Holzbüttgen eine Grundwasserbelastung mit leichtflüchtigen halogenierten Kohlenwasserstoffen (LHKW) festgestellt worden sei, die vermutlich im Zusammenhang mit einer in der Nähe vorhandenen Altlast stehen, die bisher als stationär eingeschätzt wurde, sich aber bis in den Bereich der Nordkanalallee ausgeweitet zu haben scheine. Eine Bestätigung dafür gebe es jedoch nicht.

Die Besonderheit sei, dass es im betroffenen Bereich viele private Brunnen gebe, die insbesondere zur Gartenbewässerung oder zur Befüllung von Planschbecken betrieben würden. Daher habe die Verwaltung mit Blick auf die beginnende Gartensaison unverzüglich handeln müssen. Aus Vorsorgegründen sei an die Bevölkerung die Empfehlung herausgegeben worden, das Brunnenwasser für bestimmte Zwecke nicht zu verwenden. Dies habe zu Sorgen und weiteren Fragen geführt, die im Rahmen einer Bürgerversammlung, zu der rund 100 Bürgerinnen und Bürger erschienen seien, umfänglich beantwortet worden seien. Es seien viele gute sachliche Diskussionen geführt worden. Im Ergebnis hätten die Brunnenbetreiber das Angebot erhalten, die Wasserqualität ihrer Brunnen vom Rhein-Kreis Neuss kostenlos untersuchen zu lassen. Dies sei ein enormer Aufwand gewesen, da sich 72 Brunnenbetreiber hierfür angemeldet hätten. Die Untersuchungen seien abgeschlossen. Über die Ergebnisse könne dem Ausschuss in der Novembersitzung berichtet werden. Als Fazit sei festzuhalten, dass sich die Situation emotional entspannt habe und die Bürgerinnen und Bürger offenbar sehr positiv auf die Informationspolitik und das Vorgehen der Behörde reagiert haben.

Herr Clever bestätigt, dass viele Anrufe bei ihm persönlich aufgelaufen seien und die ausführlichen Erläuterungen der Sachlage und des weiteren Vorgehens zu einem aner kennenden Feedback geführt hätten.

Vorsitzender Herr Markert fragt im Hinblick auf den für November avisierten Ergebnisbericht nach, ob die betroffenen Bürgerinnen und Bürger bei Auffälligkeiten zeitnah informiert würden.

Herr Mankowsky teilt mit, dass die Brunnenbetreiber ihre Ergebnisse selbstverständlich unverzüglich erhielten. Der Novembertermin gelte nur für die abschließende Berichterstattung im Ausschuss.

Herr Dr. Kalthoff gibt zu bedenken, dass die Gartenbrunnen zur Erfassung eines Schadensfalls mit LHKW denkbar untauglich seien. Hierfür seien nur Brunnen mit Totalausfilterung bis zur Grundwassersohle geeignet.

Frau Hugo-Wissemann erkundigt sich nach der Betroffenheit von landwirtschaftlichen Brunnen, über die u.a. Flächen zur Lebensmittelerzeugung bewässert würden.

Herr Mankowsky klärt auf, dass für die Untersuchung der Schadensausbreitung selbstverständlich entsprechend ausgebaute Grundwassermessstellen verwendet bzw. gesetzt würden. Gleichwohl müsse man die Sorgen der Bürger ernst nehmen, so dass die Untersuchung der Hausbrunnen durchgeführt werde, auch wenn man ebenfalls davon ausgehe, dass diese von den Schadstoffen unterlaufen würden und dort keine schwierigen Ergebnisse zutage treten. Bisher habe man keine Erkenntnisse über eine Beeinträchtigung der Landwirtschaft. Die geplanten zusätzlichen Messstellen seien aber auch dafür da, dies zu überprüfen. Das Wasserwerk Büttgen-Driesch sei im Übrigen nicht gefährdet.

**5.2. Hochwasser- und Starkregenisikomanagement
Bericht der Verwaltung über die Infoveranstaltung für Akteure zum
Thema "Hochwasserrisiken gemeinsam meistern" bei der Bezirksre-
gierung Düsseldorf am 04.06.2019
Vorlage: 68/3329/XVI/2019**

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt verweist die Verwaltung auf die Sitzungsvorlage.

Herr Dr. Kalthoff hält die Herausnahme des Trietbaches aus der Kulisse der Risikogewässer und die damit entfallende Verpflichtung zur Umsetzung von Maßnahmen des Hochwasser-Managementplans für bedenklich. Soweit kein Ausbau des Gewässers erfolge, müsse mindestens das Monitoring fortgeführt werden, da bei Starkregen in bestimmten Bereichen mit erheblichen Überflutungen zu rechnen sei.

Herr Clever weist darauf hin, dass die Entscheidung über die Herausnahme des Trietbachs vom Land auf der Grundlage einer Risikobetrachtung getroffen worden sei. Außerdem sei das Gedankengut für die das Risiko beeinflussende Bebauung sicher bei den für die Bauleitplanung zuständigen Kommunen vorhanden. Zudem sei man – wie in der Sitzungsvorlage ebenfalls angesprochen – in Sachen Starkregenmanagement mit den Kommunen noch im Geschäft. Das Land habe hierzu im Frühjahr eine Arbeitshilfe herausgegeben, die wichtige Hinweise auf diesbezügliche Potentiale gebe. Wenn sich daraus ein Handlungsbedarf ergebe, werde er sicher erkannt. Es bleibe abzuwarten, was ggf. von der Stadt Korschenbroich an Vorsorge- oder Abhilfemaßnahmen vorgesehen sei. Im Übrigen werde das Thema Starkregenisikomanagement im Oktober auf einer wasserwirtschaftlichen Dienstbesprechung besprochen, zu der der Rhein-Kreis Neuss alle kreisangehörigen Kommunen eingeladen habe. Über das Ergebnis werde in der nächsten Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses berichtet.

5.3. Bericht "Flurabstandsprognose im Rheinischen Revier" sowie Bericht aus den Gremien "Monitoring Garzweiler II" Vorlage: 68/3340/XVI/2019

Protokoll:

Zu diesem Tagesordnungspunkt verweist die Verwaltung auf die Sitzungsvorlage.

Herr Graaf spricht den Bericht der Kohlekommission auf Bundesebene an, in dem u.a. Maßnahmen zu einer vorzeitigen Beendigung des Kohleabbaus im Rheinischen Revier vorgeschlagen werden. Er erkundigt sich danach welche Auswirkungen dies auf die Herstellung der ursprünglichen Grundwasserstände in der Umgebungsbebauung habe und bittet die Verwaltung, zu gegebener Zeit zu berichten. Es wird zugesagt, dass zu gegebener Zeit berichtet wird.

5.4. Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 19.06.2019 zu Eliminationsmaßnahmen von Mikroschadstoffen Vorlage: 68/3357/XVI/2019

Protokoll:

Die hierzu vorliegende Tischvorlage mit Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 19.06.2019 ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt.

Herr Mankowsky räumt ein, dass die Beantwortung der Anfrage, wegen Komplexität des Themas und der Kurzfristigkeit nicht so einfach zu beantworten gewesen sei. Man habe in die Tischvorlage alle verfügbaren Informationen eingearbeitet. Das Thema werde auf Bundes- und Landesebene intensiv beraten, jedoch gebe es bislang weder bundes- noch landesweit etablierte Maßnahmen oder Strategien zur Verminderung, Vermeidung oder Eliminierung von Mikroschadstoffen in Gewässern. Das erschwere die Entscheidung, welche Maßnahmen im Rhein-Kreis Neuss ergriffen werden sollen. Man wolle als Kreisbehörde übergeordneten Behörden oder auch dem Erftverband nicht vorgreifen.

Herr Mankowsky schlägt zur weiteren Vorgehensweise vor, die Sitzungsvorlage mit weiteren Informationen zu komplettieren und Kontakt mit der Emschergenossenschaft aufzunehmen, bei der zurzeit ein Forschungsprojekt zu Medikamenten im Abwasser laufe und Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Mögliche Maßnahmen müssten unter den Gesichtspunkten Eignung, Effektivität, Kosten und Nutzen betrachtet werden. Eine Vorreiterrolle strebe er derzeit nicht an, sage aber zu, alle sachdienlichen Informationen zusammenzutragen, bevor Entscheidungen getroffen werden.

Vorsitzender Herr Markert greift die Anregung aus der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf, zu diesem Thema in bewährter Weise Experten als Referenten einzuladen. Er schlägt u.a. Dr. Nafu von der Emschergenossenschaft vor, der das Forschungsprojekt begleite sowie Herrn Dr. Schäfer vom Erftverband, mit dem er das Thema bei der Kläranlagenbesichtigung vorbesprochen habe und der sehr an einem Austausch interessiert sei. Vorsitzender Herr Markert wird sich um die Kontaktaufnahme mit Herrn

Dr. Nafo kümmern. Er bittet Herrn Clever zu überlegen, wer ggf. als weiterer Referent in Betracht käme.

5.5. Ausschreibungen im Bereich Abfallwirtschaft Vorlage: 68/3355/XVI/2019

Protokoll:

Herr Mankowsky teilt mit Hinweis auf die Tischvorlage (**Anlage 3**) hin, dass diese keine überraschenden Entwicklungen, sondern Sachinformationen zu anstehenden europaweiten Ausschreibungen beinhalte. Es entspreche der für die Abfallwirtschaft des Rhein-Kreises Neuss beschlossenen Systematik, dass kleinere Lose gewählt und jährlich neu ausgeschrieben werden, um Gebührensprünge zu vermeiden. Über die Ergebnisse werde in der Novembersitzung berichtet.

Herr Wappenschmidt erkundigt sich nach der Einschätzung der derzeitigen Marktlage.

Herr Clever teilt mit, dass es nach vorsichtiger Einschätzung jedenfalls nicht unrealistisch sei, dass ähnliche Preise wie derzeit erzielt werden können.

5.6. Bericht zur Überprüfung der Installation von Photovoltaikanlagen Vorlage: 65/3356/XVI/2019

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert weist auf den vorliegenden ausführlichen Bericht hin, der dem Ausschuss als Anlage zur Tischvorlage vorgelegt wurde.

*Anmerkung der Schriftführung: Die Tischvorlage ist als **Anlage 4** dem Protokoll beigelegt. Der vorgelegte farbige Bericht ist aus Lesbarkeitsgründen der Papierversion des Protokolls nicht angehängt, sondern ausschließlich auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss für alle verfügbar als **Anlage 5** abgelegt worden (Pfad: Verwaltung und Politik/Politik und Wahlen/Bürgerinfoportal/Gremien/Planungs- und Umweltausschuss 01.07/2019/Information).*

Frau Manolias teilt mit, dass der Bericht druckfrisch (24.06.2019) sei und neben Informationen aus dem Zwischenbericht neue Erkenntnisse bzw. Informationen enthalte, die zum Zeitpunkt des Zwischenberichtes noch nicht bekannt gewesen seien. Im Ergebnis halte man von allen betrachteten kreiseigenen Gebäuden 5 dafür geeignet, dass auf ihren Dächern Photovoltaikanlagen installiert werden. Zwei dieser Gebäude – das Gesundheitsamt und die Michael-Ende –Schule sollen möglichst noch in diesem Jahr in die Planung aufgenommen werden, so dass dort hoffentlich im Laufe des nächsten Jahres Photovoltaikanlagen auf den Dächern installiert seien.

Die anderen als geeignet eingestufteten Gebäude seien das BBZ Hammfeld in Neuss (geplante Umsetzung 2021), das BBZ Grevenbroich (Umsetzung nach Vollzug der be-

gonnenen Dachsanierung) sowie das BBZ Dormagen, das nach der erforderlichen größeren Fassadensanierung auch eine Dachsanierung erhalten solle und für die Folgejahre in die Umsetzungsplanung aufgenommen werde.

Frau Manolias weist darauf hin, dass bei jeder anstehenden Sanierungsmaßnahme die Tauglichkeit der Dächer für Photovoltaikanlagen neu betrachtet werde.

Frau Fayas stellt fest, dass leider von mehr als 50 untersuchten Gebäuden lediglich 5 für eine Installation einer Photovoltaikanlage in Betracht kommen und schlägt vor, falls nicht bereits geschehen, für die übrigen Gebäude die Möglichkeit der Dachbegrünung zu untersuchen.

Frau Manolias berichtet, dass der Neubau am Krankenhaus Grevenbroich bereits eine Dachbegrünung erhalten habe. Dafür sei ein anderer Dachaufbau vonnöten und es müsse mit anderen Dachlasten gerechnet werden. Außerdem müsse man die Bewässerung miteinplanen. Die Anregung könne aber gerne aufgenommen und bei zukünftigen Sanierungen mitbetrachtet werden.

Herr Wappenschmidt bittet im Hinblick auf die Vorlage des umfangreichen Berichtes als Tischvorlage darum, das Thema optional auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, damit Gelegenheit zu Nachfragen und Diskussion bestehe. Er erkundigt sich danach, ob die Halle in Sinsteden, die derzeit eine Dachsanierung erhalte, wie erbeten Berücksichtigung gefunden habe?

Frau Manolias teilt mit, dass eine nochmalige statische Überprüfung ergeben habe, dass das Hallendach der Halle in Sinsteden die Last einer Photovoltaikanlage nicht tragen könne.

6. Anfragen

Protokoll:

Frau Eickler regt unter Bezugnahme auf TOP 5.6 an, große Parkplatzflächen ebenfalls in die Betrachtung einzubeziehen, ob dort vielleicht eine Doppelnutzung Parken/Photovoltaik möglich sei. Der Vorschlag beziehe sich nicht auf Parkhäuser, sondern auf großflächige Carportlösungen.

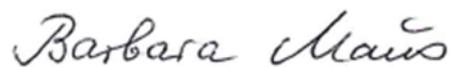
Frau Manolias teilt mit, dass bei der durchgeführten Überprüfung der Möglichkeiten zur Installation von Photovoltaikanlagen natürlich auch die Einbindung kreiseigener Parkplatzflächen, ggf. mit Ladestationen für E-Mobilität, angedacht worden sei. Bis zu einer Umsetzung sei aber noch ein langer Weg und müsse noch viel Detailarbeit geleistet werden.

Vorsitzender Herr Markert schlägt vor, dass sich der Ausschuss zum Thema Erneuerbare Energien oder Photovoltaik auch einmal gute Beispiele in der näheren Umgebung ansehen könne. Wer diesbezügliche Vorschläge habe, solle diese vorbringen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt **Vorsitzender Herr Markert** um 18:20 Uhr die Sitzung.



Hans Christian Markert
Vorsitz



Barbara Maus
Schriftführung

Hinweis:

Vor der Sitzung hat eine **Besichtigung der Kläranlage Kaarst** stattgefunden. Der Informationsvortrag von Prof. Dr. Schäfer(u.a.) ist ausschließlich auf der Homepage des Rhein-Kreises Neuss für alle verfügbar als **Anlage 6 des Protokolls** abgelegt worden (Pfad: Verwaltung und Politik/Politik und Wahlen/Bürgerinfoportal/Gremien/Planungs- und Umweltausschuss 01.07/2019/Information).